Antrag

der Abg. Gabriele Rolland u. a. SPD

und

Stellungnahme

**des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz**

Umsetzung des Biodiversitätsstärkungsgesetzes im Land – Maßnahmen innerhalb der Landwirtschaft

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie viele landwirtschaftliche Betriebe Flächen innerhalb von Naturschutzgebieten bewirtschaften;
2. welchen Anteil an diesen Flächen bewirtschaftetes Grünland, Weinbau, Obstbau und Ackerbau ausmachen;
3. in wie vielen Fällen aus wirtschaftlichen oder ökologischen Gründen Ausnahmegenehmigungen für die Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln erteilt wurden und in wie vielen Fällen diese versagt oder nicht beantragt wurden;
4. auf welche Weise derzeit der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Herbiziden im Land quantitativ und qualitativ erfasst bzw. ermittelt wird und in welchem Zeitraum und durch welche Maßnahmen diese Methode verbessert werden soll;
5. welchen Stand der Aufbau bzw. Ausbau eines repräsentativen Betriebsmessnetzes in der Landwirtschaft zur Datenerhebung der Menge an eingesetzten Pflanzenschutzmitteln erreicht hat und auf welche Weise die Datenerhebung für die Bereiche Forst, Haus- und Kleingarten, öffentliche Grünflächen und Verkehr erfolgt;
6. welchen Umsetzungsstand sie beim Aufbau von Musterbetrieben erreicht hat und wie viele, für welche Kulturen und Nutztiere und welche Betriebe diese bislang vorhanden sind;

7. welche konkreten Maßnahmen, mit welchem Erfolg, seit August 2020 ergriffen wurden, um den Anteil des ökologischen Landbaus an der landwirtschaftlichen Fläche und an der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe zu erhöhen;
8. welche Fortschritte bislang erzielt wurden, um über Mittel und Maßnahmen aus dem Programm FAKT (Förderprogramm Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl) und aus LPR-Mitteln (Landschaftspflegeleitlinie) einen freiwilligen Pflanzenschutzmittelverzicht zu erreichen (Größe der Fläche, Anzahl der Betriebe, Menge des vermiedenen Pflanzenschutzmitteleinsatzes);
9. welche Fortschritte dabei erzielt wurden, dass auf Bahngleisen und auf anderen Verkehrsflächen keine bzw. weniger Herbizide eingesetzt werden sollen;
10. inwieweit bereits mehr Refugialflächen in landwirtschaftlich genutzten Flächen geschaffen werden konnten, wie das Gesetz dies vorsieht und durch welche Maßnahmen dies erreicht wird, bzw. erreicht werden soll;
11. welche konkreten Maßnahmen umgesetzt wurden, um den Biotopverbund seit 2021 im Sinne des Biodiversitätsstärkungsgesetzes zu verbessern;
12. welche Haushaltsmittel des Landes (mit den jeweiligen Anteilen an EU- und Bundesmitteln) jeweils aus welchen Programmen für die Umsetzung der Maßnahmen der Punkte 5 bis 10 seit 2021 eingesetzt hat und wieviel jeweils 2022 dafür zur Verfügung steht.

8.4.2022

Rolland, Röderer, Gruber, Steinhülb-Joos, Weber SPD

Begründung

Seit rund eineinhalb Jahren gilt das Biodiversitätsstärkungsgesetz des Landes. Es stellen sich daher angesichts der Ziele, die damit erreicht werden sollen, die oben aufgeführten Fragen zum Stand der Umsetzung.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 17. Mai 2022 Nr. Z(212)-0141.5/95F nimmt das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz im Einvernehmen mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft und dem Ministerium für Verkehr zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. *wie viele landwirtschaftliche Betriebe Flächen innerhalb von Naturschutzgebieten bewirtschaften;*

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

2. *welchen Anteil an diesen Flächen bewirtschaftetes Grünland, Weinbau, Obstbau und Ackerbau ausmachen;*

Zu 1. und 2.:

Im Gemeinsamen Antrag 2020 haben 2 964 landwirtschaftliche Betriebe Flächen in Naturschutzgebieten beantragt, welche insgesamt größer als 1 ha Acker-/Grünland bzw. größer als 0,1 ha Dauerkultur/sonstige Sonderkulturen waren.

Die Flächen setzen sich zu 90,5 Prozent aus Grünland, 0,1 Prozent aus Weinbau, 0,3 Prozent Obstbau (inkl. Erdbeeren) und 9,1 Prozent aus Ackerbau (inkl. Gemüse) zusammen.

Im Gemeinsamen Antrag 2020 beantragte Flächen in Naturschutzgebieten (NSG)*					
Gesamte beantragte Fläche in NSG	Grünland	Weinbau	Obstbau (inkl. Erdbeeren)	Sonstige Dauerkulturen	Ackerbau (inkl. Gemüse)
ha	Davon ha	Davon ha	Davon ha	Davon ha	Davon ha
23.070	20.877	28	71	6	2.088

* Betriebliche Betroffenheit berücksichtigt ab insgesamt > 1 ha Acker-/Grünlandflächen bzw. > 0,1 ha DK/sonstige Sonderkulturen im Naturschutzgebiet.

3. *in wie vielen Fällen aus wirtschaftlichen oder ökologischen Gründen Ausnahmegenehmigungen für die Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln erteilt wurden und in wie vielen Fällen diese versagt oder nicht beantragt wurden;*

Zu 3.:

Es wurde bislang landesweit in 202 Fällen Ausnahmen vom Verbot des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln in Naturschutzgebieten erteilt. Davon in 39 Fällen aus wirtschaftlichen Gründen (als sogenannte „Härtefälle“) und in 163 Fällen aus ökologischen Gründen („zur Erhaltung des Schutzgebietes“).

Anfragen der landwirtschaftlichen Betriebe wurden in den weit überwiegenden Fällen auf der Ebene der Landratsämter durch Gespräche und Beratungen mit den Bewirtschaftenden besprochen.

Dabei haben angebotene Fördermaßnahmen zum größten Teil befriedigende Lösungen erbracht, sodass sich Anfragen erledigt haben oder nicht weiterverfolgt wurden. Die auf diesem Wege behandelten Fälle wurden statistisch nicht erfasst.

Soweit Ausnahmeanträge trotz negativer Prognose beim zuständigen Regierungspräsidium gestellt wurden, erfolgten zunächst Gespräche und die Hintergründe der Rechtslage wurden den Bewirtschaftenden erläutert, sodass förmliche Ablehnungen nur in wenigen Einzelfällen nötig waren, wenn die Anträge nicht zurückgezogen wurden.

In wenigen Fällen steht noch eine Entscheidung über vorliegende Ausnahmeanträge aus.

4. *auf welche Weise derzeit der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Herbiziden im Land quantitativ und qualitativ erfasst bzw. ermittelt wird und in welchem Zeitraum und durch welche Maßnahmen diese Methode verbessert werden soll;*
5. *welchen Stand der Aufbau bzw. Ausbau eines repräsentativen Betriebsmessnetzes in der Landwirtschaft zur Datenerhebung der Menge an eingesetzten Pflanzenschutzmitteln erreicht hat und auf welche Weise die Datenerhebung für die Bereiche Forst, Haus- und Kleingarten, öffentliche Grünflächen und Verkehr erfolgt;*

Zu 4. und 5.:

Berufliche Verwender von Pflanzenschutzmitteln sind gemäß Art. 67 der Pflanzenschutzverordnung Nr. 1107/2009 (EG) zur Aufzeichnung angewandeter Pflanzenschutzmittel verpflichtet. Die Aufzeichnungen sind auf Anfrage der Behörde zur Verfügung zu stellen. Eine Meldepflicht an die Behörden besteht nicht.

Die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln wird für statistische Zwecke aktuell bundesweit anhand eines repräsentativen Netzes von Meldebetrieben durch das Julius-Kühn-Institut erfasst (Panel Pflanzenschutzmittelanwendung – PAPA).

Für eine länderspezifische Auswertung ist die Anzahl der Daten nicht ausreichend. Damit für die Erreichung der Reduktionsziele für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln im Land Daten vorliegen, wurde mit dem Aufbau eines Betriebsmessnetzes nach dem Muster der PAPA-Erhebung begonnen. Aktuell sind über 80 Prozent der Betriebe, die vorgesehen sind, für die Teilnahme gewonnen worden. Parallel dazu werden Marktforschungsdaten ausgewertet, die für die Berechnung der vorläufigen Baseline im Bericht des Jahres 2021 verwendet wurden:
https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP17/Drucksachen/1000/17_1150_D.pdf.

Die erhobenen Daten decken ca. drei Viertel der landwirtschaftlichen Fläche ab, auf der regelmäßig Pflanzenschutzmittel angewendet werden. Das restliche Viertel ist in seiner Anbaustruktur so heterogen, dass eine repräsentative Datenerhebung nicht möglich ist. Daher werden hierfür Schätzungen der angewendeten Pflanzenschutzmittelmengen durch Fachleute des Landwirtschaftlichen Technologiezentrums Augustenberg (LTZ) durchgeführt.

Im Wald wird die Menge der eingesetzten Pflanzenschutzmittel über die Naturalbuchführung nach Menge und Pflanzenschutzmittelart erfasst. Die Daten liegen aktuell flächendeckend für den Staatswald vor. Für den Körperschafts- und Privatwald liegen der Landesforstverwaltung keine flächendeckenden Daten vor. Nach Pflanzenschutzgesetz besteht lediglich eine Dokumentations- und keine Meldepflicht für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Die gesamte Aufwandmenge wurde zuletzt zur Erfüllung des § 17b des Landwirtschafts- und Landeskulturgegesetzes (LLG) auf Grundlage der Daten aus dem Staatswald auf den Gesamtwald hochgerechnet.

Für den Haus- und Kleingartenbereich werden die durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) bundesweit erhobenen Absatzmengen im Handel auf die Haus- und Kleingartenfläche im Land heruntergerechnet. Für das öffentliche Grün werden ebenfalls Schätzungen durch Fachleute des LTZ vorgenommen.

Im Verkehrsbereich veröffentlicht die Bundesbahn bundesweite Daten zur Pflanzenschutzmittelanwendung, insbesondere Herbizide, die auf die Gleisstrecke im Land heruntergerechnet werden.

Für eine vollständige Erfassung der Anwendungsdaten müssten bundesweit die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Zudem wäre die Einrichtung einer elektronischen Datenbank mit Meldeportal erforderlich.

6. welchen Umsetzungsstand sie beim Aufbau von Musterbetrieben erreicht hat und wie viele, für welche Kulturen und Nutztiere und welche Betriebe diese bislang vorhanden sind;

Zu 6.:

Netzwerk Demonstrationsbetriebe Pflanzenschutzmittelreduktion

Insgesamt nehmen 36 landwirtschaftliche Betriebe am „Demonstrationsbetriebsnetzwerk Pflanzenschutzmittelreduktion“ teil: Sechs Betriebe sind Obstbaubetriebe mit dem Schwerpunkt Apfelanbau. In einzelnen Betrieben werden Versuche auch an Birnen durchgeführt. Von diesen sechs Betrieben liegen drei am Bodensee und jeweils ein Betrieb in der Ortenau, im Rhein-Neckar-Kreis sowie in Hohenlohe. Von den sechs Weinbaubetrieben sind drei Betriebe in Baden und drei Betriebe in Württemberg angesiedelt. Im Ackerbau sind es 24 Betriebe, sechs davon liegen im Regierungsbezirk Karlsruhe, sechs im Regierungsbezirk Freiburg, sieben im Regierungsbezirk Stuttgart und fünf im Regierungsbezirk Tübingen. Auf diesen Ackerbaubetrieben werden bereits im zweiten Jahr Versuche in den Kulturen Winterweizen, Dinkel, Wintergerste, Raps, Mais, Sommerweizen, Sommergerste, Hafer, Leguminosen und Kartoffeln durchgeführt.

Aktuelle Informationen mit einer Karte der Sitze der Betriebe, einer Auflistung der Demonstrationsflächen und Versuche sowie einer Liste der Veranstaltungen zum „Demonstrationsbetriebsnetzwerk Pflanzenschutzmittelreduktion“ sind unter dem nachfolgenden Link zu finden: <https://ltz.landwirtschaft-bw.de/pb/Lde/Startseite/Arbeitsfelder/Demonstrationsbetriebsnetzwerk+Pflanzenschutzmittelreduktion>.

Netzwerk Demonstrationsbetriebe Ökologischer Landbau „ÖkoNetzBW“

Mit der Einstellung der Netzwerkkoordination im Juni 2021 nahm das Netzwerk Demonstrationsbetriebe Ökologischer Landbau (Kurzname: ÖkoNetzBW) seine Arbeit auf. Es wurden zunächst eine Homepage, Flyer, Bewerbungsunterlagen für die Betriebe und Teilnahmeverträge erstellt.

Zudem wurden zwei Fachgremien mit den Schwerpunkten „Landwirtschaft“ und „Sonderkulturen“ mit Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung, der Öko- sowie Bauernverbände, der Bio-Musterregionen und der Landesanstalten einberufen.

Die Bewerbungsphase für die Betriebe startete im Juni 2021, sodass schließlich im Herbst/Winter 2021 die ersten Hofbesichtigungen von der Projektkoordination durchgeführt werden konnten. Im November tagten schließlich die Fachgremien und wählten Betriebe für die Aufnahme ins Netzwerk aus. Am 7. Februar 2022 eröffnete Minister Peter Hauk MdL mit der Auftaktveranstaltung auf dem Betrieb Roser in Berghülen-Treffensbuch offiziell das Netzwerk.

Bis zum 4. April 2022 konnten sich weiterhin ökologisch wirtschaftende Ackerbau-, Vieh-, Gemüse-, Obst- und Weinbaubetriebe für die Teilnahme bewerben. Die 25 ausgewählten Partnerbetriebe sind auf der Netzwerk-Homepage einzusehen: www.OekoNetz-BW.de

Die teilnehmenden Partnerbetriebe haben folgende Schwerpunkte:

Milchvieh:	8 Betriebe
Rindermast:	5 Betriebe, davon vier mit Mutterkuhhaltung
Legehennen:	6 Betriebe
Ziegen:	1 Betrieb
Schweine:	4 Betriebe mit Schweinezucht bzw. -mast
Ackerbau:	16 Betriebe
Gemüsebau:	3 Betriebe
Obstbau:	1 Betrieb
Weinbau:	2 Betriebe

Bei dieser Auflistung kann es zu Dopplungen kommen, da die Partnerbetriebe häufig mehrere Betriebszweige abdecken. Eine Aufteilung der Betriebe nach Ackerkulturen liegt nicht vor.

Erste Veranstaltungen auf den Partnerbetrieben werden im Jahr 2022 stattfinden. Die Veranstaltungen sind auf o. g. Homepage einzusehen. Ferner wird sich das ÖkoNetzBW auf den DLG-Feldtagen am 14. bis 16. Juni 2022 in Mannheim präsentieren.

Netzwerk Demonstrationsbetriebe Biodiversität „BiodivNetz BW“

Die Kulturlandschaften Baden-Württembergs und ihre Biodiversität sind ein wesentliches Ergebnis der Nutzung und Bewirtschaftung durch die heimische Landwirtschaft. Vor dem Hintergrund des Artenrückgangs – vor allem in Agrarlandschaften – hat das Land Baden-Württemberg ein umfassendes Handlungspaket zum Schutz der Insekten auf den Weg gebracht. Mit dem „Biodiversitätsstärkungsgesetz“ (d. h. dem Gesetz zur Änderung des Naturschutzgesetzes und des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes) wurde zur Stärkung der biologischen Vielfalt in § 17a Abs. 2 Nr. 3 LLG das Ziel verankert, im Land Demonstrationsbetriebe mit vorbildlichen Naturschutzmaßnahmen aufzubauen. Diese sollen als Anschauungsbetriebe für die ökologische und konventionelle Branche und dem Fachaustausch dienen.

Das Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz hat daher, in Ergänzung zu den bestehenden Förderprogrammen und Maßnahmen, im November 2021 das Projekt „BiodivNetz BW“ gestartet, um Demonstrationsbetriebe zur Förderung der biologischen Vielfalt im Land zu auswählen und ein Demonstrationsnetzwerk aufzubauen. Bis zum Jahr 2025 sollen sukzessive bis zu 44 Biodiversitäts-Demobetriebe, nach Möglichkeit ein Demobetrieb pro Stadt- und Landkreis, für das „BiodivNetz BW“ gewonnen werden.

Ziel des Projektes „BiodivNetz BW“ ist es, mit den Demobetrieben erfolgreiche Beispiele für verschiedene Biodiversitätsmaßnahmen auf unterschiedlichen landwirtschaftlichen Betriebstypen und in den verschiedenen Naturräumen des Landes aufzuzeigen und für den Wissenstransfer zwischen Fachbehörden, Beratung und Praxis zu sorgen. Die Demobetriebe stehen zudem als Plattform für Fachveranstaltungen, wie Feld- und Praxistage, sowie für die Öffentlichkeit, insbesondere für die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung zur Verfügung.

Die Auswahl sowie die fachliche Betreuung und Begleitung der Demonstrationsbetriebe erfolgt durch das jeweils zuständige Regierungspräsidium.

Es liegen insgesamt 52 Bewerbungen vor. Im Regierungsbezirk Freiburg sollen Modellbetriebe aus dem Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt überführt werden. Derzeit erfolgt das Auswahlverfahren (Betriebsbesichtigungen, Bewertung der eingegangenen Bewerbungen) durch die Regierungspräsidien. Die Bekanntgabe der ausgewählten Betriebe soll durch eine Auftaktveranstaltung im Juni 2022 erfolgen.

7. welche konkreten Maßnahmen, mit welchem Erfolg, seit August 2020 ergriffen wurden, um den Anteil des ökologischen Landbaus an der landwirtschaftlichen Fläche und an der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe zu erhöhen;

Zu 7.:

Das Land hat sich im Rahmen des Biodiversitätsstärkungsgesetzes unter anderem das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 30 bis 40 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen nach den Grundsätzen des ökologischen Landbaus zu bewirtschaften. Dies ist auch im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien ausdrücklich aufgeführt.

Die Zielerreichung soll mit einem markt- und nachfrageorientierten Ansatz erreicht werden. Mit dem Aktionsplan „Bio aus Baden-Württemberg“ als Maßnahmenbündel leistet das Land dazu einen wesentlichen Beitrag. Mit ihm will das Land die Rahmenbedingungen für die bereits ökologisch wirtschaftenden Betriebe verbessern und den Neueinstieg in den biologischen Landbau erleichtern. Im Vordergrund stehen dabei die Vermarktung von Bio-Erzeugnissen und Bio-Lebensmitteln aus Baden-Württemberg sowie eine entsprechende Verbraucherinformation. Dabei sollen die bereits vorhandenen Potenziale der ökologischen Erzeugung, Verarbeiter und Vermarkter im Land ausgebaut und erweitert werden.

Als Teil des Aktionsplans „Bio aus Baden-Württemberg“ sind die Fördermaßnahmen im Rahmen der GAP zu sehen. So werden Ökobetriebe im Rahmen des Agrarumweltprogramms FAKT mit Flächenprämien in Höhe von über 40 Mio. Euro (Stand 2021) gefördert. Ebenso können Ökobetriebe der Erzeugung sowie der Verarbeitung investive Förderung (z. B. AFP, Diversifizierung und Marktstrukturförderung) in Anspruch nehmen. Weiterhin gibt es aktuell in der ELER-finanzierten Beratung acht Beratungsmodule speziell für Öko-Betriebe in Baden-Württemberg.

Zur Stärkung des heimischen Öko-Landbaus wurde der seit 2012 bestehende Aktionsplan „Bio aus Baden-Württemberg“ im Jahr 2020 weiterentwickelt. Ein Schwerpunkt ist, (weitere) Akteure entlang der Wertschöpfungsketten einzubeziehen, um die Bio-Wertschöpfungsketten im Land insgesamt zu stärken. Bei der Umsetzung des Aktionsplans „Bio“ wird auf aktive Beteiligung der Wirtschaftsakteure und Verbände sowie der Wissenschaft gesetzt. Ergänzend zur Förderung braucht es vor allem weitere unternehmerische Initiativen und Ansätze zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die Innovationskraft des Öko-Sektors für eine nachhaltige und erfolgreiche Entwicklung.

Für die Umsetzung des Aktionsplans „Bio aus Baden-Württemberg“ stellte die Landesregierung im Doppelhaushalt 2020/2021 jeweils bis zu 4,5 Mio. Euro zur Verfügung.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Projekte des Aktionsplans „Bio aus Baden-Württemberg“ aufgeführt, die seit 2020 umgesetzt wurden bzw. aktuell laufen.

	Projekt	Durchführende Stelle	Projektstart	Projektende
1	Bio-Musterregionen (BMR)	BMR	Seit 2019	
2	Öko-Aktionswochen, jährlich	Bisher AÖL, nun MBW	Seit 2020	
3	Imagekampagne „Wir versorgen unser Land“ – Bio-Teil	MBW	2020	2021
4	Marketing- & Entwicklungsprojekte	MBW	Seit 2020	
5	Umstellung von Teilbetrieben der Lehr- & Versuchseinrichtungen	Landesanstalten, KOB	2020	2026
6	Versuchswesen zum ökologischen Landbau	LTZ	Seit 2020	
7	Bio-Wertschöpfungsketten für die Gemeinschaftsverpflegung	MLR	2021	2024
8	Weiterentwicklung des ökologischen Obstbaus in Baden-Württemberg im Rahmen des regionalen partizipativen Arbeitsnetzes	FÖKO	Seit 2020	
9	Insektenschutz/Biodiversitätsförderung im Öko-Wein- & Obstbau	LTZ	2020	2020
10	Erfassung der Nachhaltigkeit ökologisch wirtschaftender Betriebe in Baden-Württemberg	LTZ	2020	2021
11	Fachinformationen ökologischer Landbau Baden-Württemberg & Infoportal www.bio-aus-bw.de	LEL	Seit 2020	
12	Markt- und Potenzialanalyse EVABioBW 2030	Ecozept, FiBL	2020	2021
13	Mittel für den Ökomodell- und Versuchsbetrieb des KOB	KOB	Seit 2020	
14	Schwarzer Rindenbrand (<i>Diplodia spp.</i>) an Kernobst	LTZ	2020	2023
15	Netzwerk Demonstrationsbetriebe ökologischer Landbau „ÖkoNetzBW“	LTZ	2020	2024
16	Durchführung der Öko-Feldtage 2023	FiBL	2021	2023
17	Online-Seminarreihe „So geht Bio“	LTZ	2021	2021
18	Durchführung der Veranstaltung „Bio aus BW – gemeinsam die Marktchancen für regionale Bio-Lebensmittel nutzen“	MBW	2021	2021
19	Messe BioAgrar, jährlich	RPF	Seit 2021	
20	Etablierung von Weinen aus pilzwiderstandsfähigen Rebsorten auf dem Markt	WBI	2021	2022
21	Verwertung von Pferdemist unter besonderer Berücksichtigung von Lagerkapazitäten, Nährstoffverfügbarkeit, Arbeitswirtschaft und Hygieneparameter	HuL	2021	2023
22	Ökologischer Landbau in der Bildung – Bildung für den ökologischen Landbau in Baden-Württemberg	MLR	2021	2023
23	Status Quo und Potentiale des ökologischen Heil-, Kosmetik- und Gewürzpflanzenanbaus in Baden-Württemberg	UHOH	2021	2022
24	Verfahrensentwicklung zur Herstellung einer proteinreichen Milchalternative auf Haferbasis durch Integration von Membrantrenntechnik	LAZBW	2021	2024
25	Drohneinsatz zum Rebschutz im Öko-Weinbau an der LVWO Weinsberg mit einem Praxisbetrieb	LVWO	2022	2023
26	Förderung von Arbeiten mit dem Ziel der Zulassung von <i>Quassia amara</i> als Grundstoff im ökologischen Obstbau sowie Untersuchungen zu Effekten auf Anwender von Kalziumhydroxid zur Vorlage bei der Revision durch die Europäische Kommission	FÖKO	2022	2022
27	Erarbeitung eines systemaren Ansatzes zur Insektenregulierung im ökologischen Obstbau im Verbund von Praxis, Grundlagenforschung und angewandter Forschung anhand der Optimierung der Strategien zur Regulierung des Apfelblütenstechers und der Blutlaus	Universität Hohenheim, FÖKO, KOB	2022	2023
28	Digitale Erwachsenenbildung im ökologischen Gartenbau	LVG	2022	2023

Zudem wurden und werden in den landeseigenen Lehr- und Versuchseinrichtungen, welchen bei der Zielerreichung eine Vorbildrolle zukommt, in den kommenden Jahren Teilbetriebe auf die ökologische Wirtschaftsweise umgestellt (vgl. Tabelle, Punkt 5).

Weiterhin werden mit diesen Mitteln Projekte der Landesanstalten und verschiedener Kooperationspartner in Sachen Ökolandbau unterstützt. Beispielsweise wurde an der Universität Hohenheim ein Projekt durchgeführt, bei dem eine Datengrundlage zum ökologischen Anbau von Heil-, Kosmetik- und Gewürzpflanzen in Baden-Württemberg (vgl. Tabelle, Punkt 23) geschaffen wurde, um so den Anbau weiterzuentwickeln und die Akteure stärker zu vernetzen bzw. neue hinzuzugewinnen.

Ferner werden jährlich Veranstaltungen durchgeführt, wie beispielsweise die Öko-Aktionswochen (vgl. Tabelle, Punkt 2), die den Ökolandbau bei baden-württembergischen Verbraucherinnen und Verbrauchern bekannter machen und den Absatz von heimischen Bio-Produkten fördern sollen. Hierzu finden über mehrere Wochen Verkostungen im Lebensmitteleinzelhandel und Naturkostfachhandel, Hoffeste, Vorträge und andere Aktionen statt. Die 2021 ins Leben gerufene Messe BioAgrar (vgl. Tabelle, Punkt 19) richtet sich an Erzeugerinnen und Erzeuger sowie die Vermarktung und den Handel. Sie dient als Plattform zum Austausch über aktuelle Themen und Herausforderungen des Ökolandbaus im Land.

Eine besonders erfolgreiche Maßnahme des Aktionsplans „Bio“ sind die mittlerweile 14 Bio-Musterregionen (vgl. Tabelle, Punkt 1). Gemeinsam werden in den Bio-Musterregionen (BMR) Ideen entwickelt, um die regionale, biologische Landwirtschaft sowie ihre Produkte entlang kurzer Wertschöpfungsketten voranzubringen. In den Jahren 2018 und 2019 wurden insgesamt neun Bio-Musterregionen in Baden-Württemberg ausgewählt und befinden sich in der Umsetzung. Ende 2020 wurden in Folge einer dritten Ausschreibung fünf weitere Bio-Musterregionen ausgewählt, welche 2021 mit der Umsetzung starteten. Die Bio-Musterregionen haben zunächst eine Förderlaufzeit von drei Jahren. Die Landesregierung fördert pro Region ein Regionalmanagement zu 75 Prozent der Personalkosten plus die Kosten für den Arbeitsplatz. Für die Arbeit in den Regionen werden bis zu 30 000 Euro pro Jahr zur „Aktivierung des Gebiets“ zur Verfügung gestellt. Die Bio-Musterregionen erhalten die Möglichkeit, die Förderlaufzeit um weitere drei Jahre zu verlängern. Neun Bio-Musterregionen haben die Möglichkeit bereits wahrgenommen.

In den Jahren 2023 und 2027 sieht das Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz eine Evaluierung des Aktionsplans vor. In diesem Rahmen werden die Erfolge der Projekte bewertet und der Aktionsplan basierend auf den Ergebnissen weiterentwickelt.

8. welche Fortschritte bislang erzielt wurden, um über Mittel und Maßnahmen aus dem Programm FAKT (Förderprogramm Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl) und aus LPR-Mitteln (Landschaftspflege richtlinie) einen freiwilligen Pflanzenschutzmittelverzicht zu erreichen (Größe der Fläche, Anzahl der Betriebe, Menge des vermiedenen Pflanzenschutzmitteleinsatzes);

Zu 8.:

Die Teilmaßnahmen im FAKT mit Reduzierung bzw. Verzicht auf den Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel werden von den Betrieben gut angenommen. Im Antragsjahr 2015 bis 2021 ist der Flächenumfang um 29 % (von 264 956 ha auf 341 913 ha) stetig gestiegen (vgl. Tabelle). In der nachfolgenden Tabelle sind die Entwicklungen in den entsprechenden FAKT-Maßnahmen dargestellt.

Teilmaßnahmen im FAKT mit Reduzierung bzw. Verzicht auf den Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel; Antragsjahre 2015, 2018, 2020 und 2021 (Stand 14. April 2022)								
Antragsjahr	2015		2018		2020		2021 ^{*)}	
FAKT-Teilmaßnahmen	Anzahl der AST	Umfang in ha	Anzahl der AST	Umfang in ha	Anzahl der AST	Umfang in ha	Anzahl der AST	Umfang in ha
B1.1 Ext. Bewirtschaftung Dauergrünland (DGL) mit max. 1,4 RGV/ha HFF	2.917	56.341	2.957	57.548	2.655	52.906	2.476	49.522
B1.2 Ext. Bewirtschaftung bestimmter DGL-Flächen ohne mineral. u. organ. Stickstoffdüngung	626	4.726	679	4.618	597	3.886	552	3.579
D1 Verzicht auf chem.-synth. Pflanzenschutz- u. Düngemittel	5.253	64.045	6.038	70.830	5.994	71.415	5.956	72.078
D2 Ökologischer Landbau	2.857	102.375	3.664	136.192	4.037	152.026	4.057	149.877
E2.1 Brachebegrünung mit Blütmischungen (ohne öVF-Anr.)	2.610	6.795	4.057	11.963	4.892	16.550	4.756	16.501
E2.2 Brachebegrünung mit Blütmischungen (mit öVF-Anr.)	1.546	2.761	1.958	3.476	756	1.250	484	800
E3 Herbizidverzicht im Ackerbau	218	2.152	238	2.487	222	2.694	241	3.166
E4 Ausbringung von Trichogramma in Mais	1.744	24.489	2.327	33.991	2.530	39.621	2.749	43.899
E5 Nützlingseinsatz unter Glas	101	92	121	114	107	117	105	124
E6 Pheromoneinsatz im Obstbau	119	1.180	112	1.187	99	1.099	86	926
E7 Blüh-, Brut- und Rückzugsflächen	x	x	x	x	145	324	166	408
E8 Brachebegrünung mit mehrjährigen Blütmischungen	x	x	x	x	x	x	419	1.034
Summe der Flächen		264.956		322.405		341.889		341.913

Hinweise: Bei den Zahlen handelt es sich um bewilligte Daten im FAKT.

AST: Antragsteller

*) Für das Antragsjahr 2021 sind die Anträge noch nicht vollständig bewilligt. Daher sind die Zahlen vorläufig zu betrachten.

x) Teilmaßnahme wurde nicht angeboten.

Bei der Landschaftspflegerichtlinie Teil A (Vertragsnaturschutz) wurde die geförderte Fläche seit Inkrafttreten des Biodiversitätsstärkungsgesetzes von 39 995 ha im Jahr 2020 auf 41 260 ha im Jahr 2021 – somit um über 1 250 ha – gesteigert. Im Bereich der LPR B (Arten- und Biotopschutz) ist die geförderte Fläche von 16 170 ha auf 17 407 ha gestiegen. Die Gesamtsteigerung bei der Fläche im Bereich der Landschaftspflegerichtlinie beläuft sich somit auf rund 2 500 ha, auf denen künftig auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf freiwilliger Basis verzichtet wird.

9. welche Fortschritte dabei erzielt wurden, dass auf Bahngleisen und auf anderen Verkehrsflächen keine bzw. weniger Herbizide eingesetzt werden sollen;

Zu 9.:

Soweit die nicht bundeseigenen Eisenbahnen betroffen sind, kommen Herbizide nur zur Anwendung, um den Pflanzenbewuchs in bestehenden Betriebsanlagen (insbesondere Gleiskörpern) zu bekämpfen und zu vermeiden. Einwachsende Pflanzen führen dazu, dass das Gleisbett mit der Zeit an Stabilität verliert und somit häufiger saniert werden muss. Um dies zu verhindern, werden die einwachsenden Problempflanzen regelmäßig mit Herbiziden bekämpft, für deren Einsatz es noch keine praktikablen Alternativen gibt. Viele Institutionen, darunter auch die großen Eisenbahnunternehmen in Europa, forschen jedoch zu diesem Thema.

Ergänzend zu diesen Bestrebungen führt das Ministerium für Verkehr im Rahmen des Sonderprogrammes zur Stärkung der biologischen Vielfalt seit 2020 ein Forschungsvorhaben mit der Universität Hohenheim und der Südwestdeutschen Landesverkehrs-AG (SWEG) durch, um zu untersuchen, ob durch geeignete Pflegemaßnahmen die Menge der in das Gleisbett einwachsenden Pflanzen von vornherein so reduziert werden kann, dass deutlich weniger Herbizide eingesetzt werden müssen. Gleichzeitig wird untersucht, ob diese Pflege zu einer ökologischen Aufwertung der Begleitflächen und somit zur Stärkung der biologischen Vielfalt führt. Die Ergebnisse des Projektes sollen Ende des Jahres 2022 vorliegen.

Im Bereich der Bundes- und Landesstraßen wurde 2018 für den Straßenbetriebsdienst verfügt, im Zuge der Unterhaltungstätigkeiten grundsätzlich auf den Einsatz von Glyphosat und sonstiger Herbizide zu verzichten.

Im Sinne einer einheitlichen Handhabung wurde der Verzicht auch für den Bereich der Straßen in kommunaler Baulast empfohlen. Lediglich in begründeten Ausnahmefällen soll die Anwendung von nicht-glyphosathaltigen Herbiziden möglich sein. Alternativ kommen seit geraumer Zeit mechanische sowie thermische Verfahren zum Einsatz.

10. inwieweit bereits mehr Refugialflächen in landwirtschaftlich genutzten Flächen geschaffen werden konnten, wie das Gesetz dies vorsieht und durch welche Maßnahmen dies erreicht wird, bzw. erreicht werden soll;

Zu 10.:

Wesentliche Ziele des Biodiversitätsstärkungsgesetzes sind die mittelfristige Schaffung von Refugialflächen auf mindestens zehn Prozent der Fläche je landwirtschaftlicher Landnutzungsart (Ackerland, Grünland, Dauerkulturland) sowie, dass jeder landwirtschaftliche Betrieb einen Mindestanteil von 5 Prozent an ökologisch wirksamen Maßnahmen umsetzt. Refugialflächen dienen vorrangig als Lebens- und Rückzugsräume für Tier- und Pflanzenarten, die aufgrund von Landnutzungsänderungen im Offenland keine geeigneten Habitate mehr finden. Welche Nutzungsformen oder Flächen als Refugialflächen anerkannt werden, wird durch eine Verwaltungsvorschrift sowie einen Flächenanerkennungskatalog der obersten Landwirtschaftsbehörde im Einvernehmen mit der obersten Naturschutzbehörde geregelt. Die Erarbeitung der Verwaltungsvorschrift inklusive Flächenanerkennungskatalog erfolgt unter enger Beteiligung sowohl der Landwirtschafts- als auch der Naturschutzverbände.

Da die Verwaltungsvorschrift aktuell noch nicht veröffentlicht ist, kann zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage über den Umfang der Refugialflächen im Land oder zu den vorgesehenen Maßnahmen gemacht werden.

11. welche konkreten Maßnahmen umgesetzt wurden, um den Biotopverbund seit 2021 im Sinne des Biodiversitätsstärkungsgesetzes zu verbessern;

Zu 11.:

Die Landschaftserhaltungsverbände (LEV) sowie die beiden Landkreise ohne LEV übernehmen die Koordination der gemeindeübergreifenden Umsetzung des Biotopverbunds. Die Aufgabe der Umsetzung wird von den sogenannten Biotopverbundbotschafterinnen und -botschaftern (BVB) übernommen.

Die BVB beraten die Kommunen und stehen für Fragen zur Förderung, bei Fachfragen zum funktionalen Biotopverbund, bei Fragen der Umsetzung, aber auch als Brückenbauer zwischen Flächeneigentümerinnen und -eigentümern, Landnutzenden, Kommunen, Verbänden und Verwaltung beratend zur Verfügung.

Seit 2021 fanden und finden zahlreiche Schulungen, Veranstaltungen und Dienstbesprechungen für die BVB sowie zahlreiche weitere beteiligte Akteurinnen und Akteure statt, um einen landesweit einheitlichen, effektiven und qualitativ hochwertigen Standard beim Ausbau des Biotopverbunds im Land zu gewährleisten. Die BVB sind wertvolle Ansprechpersonen, stoßen zahlreiche Planungen und Projekte an und begleiten deren Umsetzung. Sie spielen bei der Umsetzung des landesweiten Biotopverbunds daher eine entscheidende Rolle.

Maßgeblich für den Erfolg des Biotopverbundes ist, dass die Städte und Gemeinden in eigener Zuständigkeit für ihr Gebiet eine kommunale Biotopverbundplanung erstellen, umsetzen und so den landesweiten Biotopverbund auf kommunaler Ebene konkretisieren. Die Förderung für diese Planungen im Rahmen der Landschaftspflegeleitlinie wurde daher von 70 Prozent auf 90 Prozent angehoben. So soll es allen Städten und Gemeinden – nahezu unabhängig von ihrer Finanzkraft – ermöglicht werden, eine fundierte fachliche Grundlage unter Beteiligung insbesondere der Landwirtschaft zu schaffen. Mit dieser Planungsgrundlage wird der aktuelle Bestand an geeigneten Flächen identifiziert und bestehende Lücken, aber auch Besonderheiten und bestehende Potenziale für den Biotopverbund aufgezeigt. Konkrete Vorschläge für geeignete Standorte oder Suchräume, für noch fehlende Trittsteine werden identifiziert und möglichst ideale Standorte für künftige Ausgleichsmaßnahmen der Kommune oder freiwillige Beiträge der Bevölkerung vor Ort empfohlen, sodass ein belastbares Planungsinstrument für die kommunale Umsetzung besteht, welches auch die Grundlage für die Weiterentwicklung des Flächennutzungsplanes darstellt.

Neben der Planung können auch die Projekte, die der Umsetzung des landesweiten Biotopverbundes dienen, durch das Land gefördert werden. Für diese freiwilligen Maßnahmen stellen (je nach Förderempfänger) die Landschaftspflegeleitlinie (LPR) und das Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT) geeignete Förderinstrumente dar.

Zur Qualitätssicherung und Unterstützung der Kommunen bei den Planungsleistungen wurden einheitliche Standards definiert und im „Musterleistungsverzeichnis für die Erstellung und Umsetzung kommunaler Biotopverbund-Planungen“ bereitgestellt.

Zur einheitlichen Erfassung des Umsetzungsstandes des landesweiten Biotopverbunds sind bestehende Kernflächen (z. B. Ausgleichsmaßnahmen, Schutzgebiete, Biotope etc.) und Fördermaßnahmen (z. B. geeignete FAKT- und LPR-Maßnahmen) zu erfassen. Diese Daten werden regelmäßig durch neue hinzukommende Flächen ergänzt, sodass der Umsetzungsstand und bestehende Lücken im landesweiten Biotopverbund über Geoinformationen dargestellt werden können. Hierzu laufen aktuell die nötigen IuK-technischen Arbeiten.

12. welche Haushaltsmittel des Landes (mit den jeweiligen Anteilen an EU- und Bundesmitteln) jeweils aus welchen Programmen für die Umsetzung der Maßnahmen der Punkte 5 bis 10 sie 2021 eingesetzt hat und wieviel jeweils 2022 dafür zur Verfügung steht.

Zu 12.:

In der nachfolgenden Tabelle werden die Auszahlungen der Teilmaßnahmen im FAKT mit den jeweiligen Anteilen der EU (ELER), des Bundes (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) – der Bund erstattet den Ländern 60 Prozent der geleisteten Ausgaben) und des Landes für das Antragsjahr 2021 dargestellt. Die Finanzplanung für 2022 ist analog zu 2021 und berücksichtigt den zu erwartenden Zuwachs am Teilnahmeumfang insbesondere beim ökologischen Landbau. Die Ausstattung von FAKT mit den nötigen Haushaltsmitteln ist über alle Finanzierungsformen in ausreichendem Umfang im Rahmen des Maßnahmen- und Entwicklungsplans sowie des Landeshaushalts eingeplant, um auch die erwarteten Zuwächse über dem Niveau von 2021 finanzieren zu können. Bei FAKT ist dabei immer die Gesamtfinanzierung entscheidend und nicht der Bedarf einzelner Maßnahmen. Mehr- und Minderbedarfe zwischen den einzelnen Maßnahmen können intern ausgeglichen werden.

Auszahlungen nach EU-, Bundes- und Landesmitteln der FAKT-Teilmaßnahmen mit Reduzierung bzw. Verzicht auf den Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel (Stand 14. April 2022)				
Antragsjahr	2021 ^{*)}			
FAKT-Teilmaßnahmen	ELER-Anteil (Euro)	GAK ^{**) (Euro)}	Land (Euro)	Gesamtmittel (Euro)
B1.1 Ext. Bewirtschaftung Dauergrünland (DGL) mit max. 1,4 RGV/ha HFF	1.949.156	0	5.182.513	7.131.669
B1.2 Ext. Bewirtschaftung bestimmter DGL-Flächen ohne mineral. u. organ. Stickstoffdüngung	109.705	0	397.474	507.179
D1 Verzicht auf chem.-synth. Pflanzenschutz- u. Düngemittel	7.382.861	0	6.041.085	13.423.946
D2 Ökologischer Landbau	22.341.074	15.968.347	2.310.786	40.620.207
E2.1 Brachebegrünung mit Blühmischungen (ohne öVF-Anr.)	6.432.588	4.903.239	359.825	11.695.651
E2.2 Brachebegrünung mit Blühmischungen (mit öVF-Anr.)	144.986	113.323	5.305	263.614
E3 Herbizidverzicht im Ackerbau	139.181	0	113.877	253.058
E4 Ausbringung von Trichogramma in Mais	1.447.160	0	1.184.060	2.631.220
E5 Nützlingseinsatz unter Glas	3.048	0	307.522	310.570

E6 Pheromoneinsatz im Obstbau	50.429	0	41.261	91.690
E7 Blüh-, Brut- und Rückzugsflächen	120.487	0	98.582	219.069
E8 Brachebegrünung mit mehrjähriger Blühmischungen	415.084	310.832	28.786	754.702
Summe (Euro)	40.535.758	21.295.741	16.071.076	77.902.575

Hinweise:

*) Es handelt sich um vorläufige bewilligte Anträge. Noch nicht alle FAKT-Anträge wurden bewilligt.

***) In den Beträgen ist die Erstattung des Bundes i. H. v. 60 Prozent enthalten.

Für die Umsetzung des Aktionsplans „Bio aus Baden-Württemberg“ stellt die Landesregierung mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 jeweils 4,5 Mio. Euro zur Verfügung.

Im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Verkehr wird im Rahmen des Sonderprogramms zur Stärkung der biologischen Vielfalt das Projekt „Vermeidung/ Verminderung des Herbizideinsatzes auf landeseigenen Schienenwegen durch naturschutzorientierte Pflege der Begleitflächen“ mit der Universität Hohenheim und der SWEG umgesetzt (s. Ziffer 9). Die Gesamtkosten für die Jahre 2020 bis 2022 betragen rund 250 000 Euro. Im Jahr 2021 wurden 87 599 Euro eingesetzt und für das Jahr 2022 sind 98 754 Euro vorgesehen.

Im Bereich der LPR A (Vertragsnaturschutz) wurden im Jahr 2021 rund 25,4 Mio. Euro eingesetzt. Darin enthalten sind rund 12 Mio. Euro EU-Mittel. Im Bereich der LPR B (Arten- und Biotopschutz) wurden im selben Jahr 27,1 Mio. Euro eingesetzt. Darin enthalten sind rund 3 Mio. Euro Bundesmittel. Für das Jahr 2022 ist ein Finanzvolumen vergleichbar mit dem Jahr 2021 vorgesehen.

Hauk

Minister für Ernährung, Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz